

Die Gewerkschaft.

Organ für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Redaktion, Verlag und Expedition:
Berlin W. 57, Bülowstr. 21.
Telephon: Amt 9, Nr. 6488.
Die Gewerkschaft erscheint alle 14 Tage freitags.
Redaktionschluss:
8 Tag vor dem Erscheinen.

Motto:
Staats- und Gemeinde-Betriebe
sollen Mutterinstitute sein.

Bezugspreise.
Durch die Post (Zeitungspreisliste Nr. 3161) ohne Beitzgeld 0,80 Mk. vierteljährlich, unter Streifband 1,00 Mk. Einzelnummer 0,20 Mk.
Anzeigen.
Die dreizehntägige Beitzzeit 30 Pf.; bei Wiederholung billiger; für die Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter 15 Pf.

Nr. 19.

Berlin, den 18. September 1903.

7. Jahrg.

Der deutsche Städtetag.

Am 2. September dieses Jahres trat in Dresden, am Orte der diesjährigen Städteausstellung, von 159 deutschen Städten besetzt, der sogenannte erste Städtetag zusammen.

Eigentlich ist es ja nicht die erste Versammlung von Vertretern der Städteverwaltungen gewesen, aber in seiner Art wars doch der erste Städtetag. Diese offizielle Bezeichnung läßt er erwarten, daß er noch Nachfolger haben wird, und es ist auch beschloffen worden, den Städtetag zu einer regelmäßig wiederkehrenden Institution zu machen. Darin liegt seine große Bedeutung für die Zukunft.

Für uns und unsere Leser hat diese Tagung insofern besondere Bedeutung, als er sich in der Hauptsache mit den sozialen Aufgaben der Städte befaßt. Wir betrachten dies als ein günstiges Zeichen, obgleich man vom sozialistischen Standpunkte eine größere und weittragendere Leistung hätte erwarten können, als sie in den beiden Referaten der Herren Oberbürgermeister Dr. Abdes Frankfurt und Heutler-Dresden zum Ausdruck kam.

Wenn wir uns aber vor Augen halten, daß es 3. J. weder stark sozialpolitisch angehauchte Mehrheiten in den Stadtparlamenten, noch viele solche Oberbürgermeister in den Verwaltungen gibt und bürgerliche Sonderinteressenwirtschaft überall ihr Gepräge aufdrückt, so dürfen wir das Referat des Frankfurter Oberbürgermeisters Herrn Dr. Abdes inmerhin schon höher einschätzen, als es gemeinhin in unseren Kreisen mit geringen Ausnahmen geschieht. Vergessen wir auch nicht, daß die städtische oder kommunale Sozialpolitik noch sehr jungen Datums ist und bis in die letzten Jahre hinein selbst von der organisierten Arbeiterchaft wenig berücksichtigt wurde.

Wir lassen die sehr beachtenswerten Ausführungen des Herrn Abdes nach einem Verichte der „Frankfurter Zeitung“ folgen:

Oberbürgermeister Abdes Frankfurt a. M. leitete seinen sodann folgenden Vortrag über die sozialen Aufgaben der deutschen Städte mit der Bemerkung ein, daß er sich nur ätzend bereit erklärt habe, über dieses Thema zu sprechen, denn die „Fülle der Weisheit“ sei unendlich. Er wolle lediglich den historischen Teil behandeln und einige wichtige Tagesfragen aus dem breiten Strom der sozialen Forderungen unserer Zeit besprechen. Die Technik sei als sozialer Faktor anerkannt; die politischen Parteien würden mit immer größerem Bewußtsein die Träger sozialer Forderungen. Den großen Staatsmännern habe ja längst ein festes soziales Verantwortlichkeitsgefühl innegehaften; der großen Menge aber sei das soziale Bewußtsein, ein Ausdruck des Frankfurter Dichters Judas, erst in unseren Tagen geweckt worden. Redner warf einen Blick auf die Entwicklung sozialer Gedanken in den letzten 150 Jahren. Er schilderte die lehrreiche Entwicklung in Frankreich, wie auf die Verfrachtung der jungen nordamerikanischen Republik mit sozialen Gedanken hin, besprach die Forderungen des Gewandens, den neuen Zeit übergehend, entwirft die Redner die Ideen von Karl Marx. Gegenüber diesen Forderungen sei nun aus den bestehenden Klassen, den Gegnern utopischer Wünsche, der Ruf nach sozialer Reform erhoben worden, um die Schwachen zu stützen, die Lebermacht des Kapitalismus in Schranken zu halten und die Gegenfüßler zu mildern. Auf diesem Standpunkt der sozialen Reform stehe auch die deutsche Bewegung, namentlich seit dem fatterlichen Erlaß über die Arbeiterfürsorge. Redner warf namentlich die Frage auf, was die Städte in Sinne dieser Gesetz-

gebung tun, mit welchen Maßnahmen sie das allgemeine Wohl und die Witterung der Gegenseite fördern könne. Es wurde zunächst der belgische, französische und englische Munizipalsocialismus ausführlich besprochen. Ein Bedürfnis, ein völliges Stillein städtischer Sozialpolitik aufzustellen, sei erst in den letzten Jahren unter belgischen, französischen und englischen Anregungen hervorgetreten. Abdes verglich diese Entwicklung mit deutschen Verhältnissen und schilderte namentlich die kommunale Sozialpolitik der Sozialdemokratie, an der Hand der auf den verschiedenen Parteitagen erzielten Forderungen. Ueber Städtebau und Wohnungswesen seien diese ähnlich denen aus bürgerlichen Kreisen, wo sich namentlich Damalsche, Jastron, Bucher und Hertner mit diesen sozialen Aufgaben beschäftigten. Redner ging auf deren Vorschläge näher ein. Die moderne soziale Entwicklung sei vielfach aus sozialistischen Gedanken herausgewachsen; eine Zurückweisung sozialistischer Gedanken in der Städteverwaltung lediglich ihres Ursprungs wegen könne daher gar nicht in Frage kommen. Aber die zuverlässige Prüfung, vorzügliche Zurückhaltung und nüchternere Kritik sei angebracht. Man dürfe sich darin auch nicht durch den Vorwurf sozialer Rücksichtslosigkeit irren lassen. Auf Einzelheiten eingehend, betonte er, daß die Begründung städtischer Unternehmungen in weiten Sinne zweckmäßig und gut sei, trotz mancher Bedenken und allerdings unter der schon erwähnten vorläufigen Prüfung. Die Verwirklichung von Restaurationen durch die Stadt möge phantastisch erscheinen, doch sei sie längst in Gothenburg durchgeführt und auch die Städte seien verächtlich, im Kampf gegen die fürchterlichen Schäden des Alkoholismus nicht teilnahmlos. Abdes sprach von Grund und Boden werde schon in vielen Städten zur Lösung der Wohnungsfrage systematisch betrieben; schwierig sei oft die zweckmäßige Verwendung des Erworbenen. Das Erbschaftsrecht werde jetzt probiert; der Gedanke scheine sich zu bewähren. Natürlich könne die Wohnungsnot nicht allein durch Erwerbung von Grundbesitz bekämpft werden, sondern diese müsse hand-in-handgehen mit der Beschränkung der Ausnutzung des Bodens und der Wohngebäude: Bauordnungen, Wohnungskontrolle, geredete Vetterung des Grundbesitzes, Verdrängung der unläuteren Spekulation würde als notwendig bezeichnet. Doch sei ein kräftiges, gesundes Unternehmertum unentbehrlich und von unendlicher Wichtigkeit. Der größte Feind des sozialen Ausweges sei der geschäftsmäßige gemeinlose Bodenpekulant. Der Bau städtischer Wohnungen für städtische Beamte und Arbeiter werde immer mehr als praktisch anerkannt. Redner besprach den neuen preussischen Wohnungsengesetzentwurf und betonte, dieser gehe mit seinem Eingriffe in die Städteverwaltung viel zu weit; das geschehe zu einer Zeit, in der es darauf ankomme, die Schaffenskraft der Städte besonders auch auf diesem Gebiet zu stärken. Die Notwendigkeit ausreichen der Fürsorge für die städtischen Beamten und Arbeiter werde überall anerkannt; nach dem Vorbilde Frankfurts hat man in dieser Beziehung in zahlreichen Städten die Arbeitslöhne fest normiert, die Pensionbestimmungen reformiert und überhaupt eine wohlwollendere kommunale Arbeiterpolitik eingeleitet, die sich auch gegen Lohnrückstöße richtete. Es müßte mit peinlicher Strenge darauf gesehen werden, daß in den meisten Neutralität beobachtet, ebenso bei den städtischen Arbeitsnachweisen. Auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung möchte man gerne helfen, aber es sei den Städten kaum möglich, hier einzugreifen. Redner erwiderte die Unmöglichkeit in der schwierigen Prüfung von Arbeitswilligen und Frühlingsarbeiten, des Zulassens von Anzeigen, die Unmöglichkeit, passende Arbeit zu schaffen, in den Rollen etc. Nur bei besonderen Notständen sei hier ein Eingreifen der Stadt wünschenswert. Eine wirkliche dauernde Hilfe sei nur durch eine obligatorische Stadt und Land umfassende Reichsversicherung zu schaffen. Die Sorge nicht nur für die Schule, sondern auch für die schulentlassene Jugend sei eine der wichtigsten Aufgaben der Städte, daher müßte die weitere Ausbildung in Fortbildungsschulen, Handelschulen, Gewerbeschulen, Volkshochschulen, Volkswortelesungen, billiger Verein und Theatern und Museen gefördert werden. Es müßte mehr Gewicht auf das Kommen gelegt werden. Die unteren Klassen erfüllte ein

wahrer Bildungshunger und Kunstthunger, der üble Nahrung suchte, wenn er nicht gute finde. Redner trat weiter ein für umfangreiche städtische Hygiene, über deren Notwendigkeit keine Meinungsverschiedenheit herrsche. Bei alledem sei freie Opferwilligkeit notwendig, die man heranzuziehen suchen müsse. Bei den beschränkten städtischen Mitteln habe natürlich auch die Frage Bedeutung, inwieweit städtische Einrichtungen unentgeltlich benutzt werden dürften. Es handelt sich dabei lediglich um eine Geldfrage. Unter den heutigen Verhältnissen sei in Deutschland die Unentgeltlichkeit etwa des Schulbesuchs und des Besuchs von Konzerten, Theatern etc. nicht überall durchzuführen. Es komme dabei auch auf die vorhandenen und ausfüllbaren städtischen Steuerquellen an. Hier könne man nur sehr schwer zu einer Verständigung gelangen. Die Unentgeltlichkeit müsse grundsätzlich auf die Unbemittelten beschränkt werden. Niemand habe ein Anrecht darauf, daß die Städteverwaltung große Betriebe ohne angemessenen Gewinn betreibe. Redner schloß unter großem Beifall mit dem Hinweis darauf, daß die Ueberzeugung von der Notwendigkeit sozialer Reformen auch in den besitzenden Klassen sich immer mehr festsetze.

Der Herr Oberbürgermeister Heutler hatte das Referat übernommen. Wenn wir bei der Lektüre des folgenden Berichtes beachten, daß Herr Heutler in Sachsen und dazu noch in Dresden Oberbürgermeister ist, so können wir leicht begreifen, daß er stark zu brechen veruchte. Hier ist eine Wiederabe seiner Ausführungen:

Gesichtlich werde der Staat den Städteverwaltungen in Deutschland bei der Befolgung einer zweckentsprechenden Sozialpolitik wenig Schranken ziehen. Doch müsse man beobachten, daß die Städteverwaltung nicht nur für die Arbeiter, sondern für alle Bedürfnisse eingreifen habe. Der arme Handwerker, das Ladenfräulein bedürfe ebenso sehr der Fürsorge der Gemeinde wie der eigentliche Lohnarbeiter. Der Arbeitsnachweis und das Gebiet der Arbeitslosenversicherung greife nicht in den Bereich der Gemeinde. Der erstere habe bei vieltem Experimentieren fast in keinem Ort befriedigende Ergebnisse gehabt. Redner forderte Organisation des Arbeitsnachweises von Reichs wegen unter Auflegung der Kosten auf die Bezirke und Gemeinden. Eine Arbeitslosenversicherung durch die Gemeinde sei ganz unmöglich; auch das sei Aufgabe des Reiches unter Mitwirkung der Bezirke und Gemeinden. Die Bildungsmöglichkeit müsse mehr als bisher vom Volk unabhängig gemacht werden; auch damit werde man zur Lösung der sozialen Frage beitragen. Die Elementarschule müsse für reich und arm organisiert und gleichmäßig von den Kindern aller Klassen besucht werden. Eine Unentgeltlichkeit der Elementarschule sei zu vermeiden; wo sie eintrete, dürfe sie nicht als Armenunterstützung angerechnet werden. Es sei soziale Pflicht der Gemeinden, die sanitäre Ueberwachung der Schulkinder durch Schulärzte einzuführen und zwar im weitesten Sinne. Handfertigkeitsunterricht und Hauswirtschaftsunterricht sei ganz selbstverständlich. Für besonders begabte Kinder armer Leute sei der Besuch der städtischen höheren Schulen wesentlich zu erleichtern. Er könne sich wohl die Möglichkeit denken, daß den besten begabten Kindern der Volksschule durch die Gemeinden stets das Studium ermöglicht werde. Was die Befriedigung des Bildungsbedürfnisses im Volk anlangt, so bleibe unsere Zeit, wenigstens in Deutschland, weit hinter den Anforderungen zurück. In breiten Schichten herrsche eine große Empfänglichkeit für Kunst und es lohne sich für die Städte, dieser entgegen zu kommen. Auch der Mittelstand müsse eine Sorge der Städteverwaltung sein. Die Beiträgen, welche man heute unter „Mittelstandspolitik“ verichte, halte er für wenig ausreißend wegen der angewandten untauglichen Mittel. Der gemeinschaftliche Gedanke müsse mehr Anerkennung finden und er halte es für eine Aufgabe der Städte, in dieser Hinsicht die Handwerker und Kleinfachleute zu unterstützen. Aber man müsse von ihnen energische Initiative verlangen. Die Subventionen müßte man nach solchen Grundgründen gestalten, daß das Handwerk nicht schädlich werde; Handwerkerarbeit solle man überhaupt bei Subventionen nicht an den Randforderungen vergeten. Redner wandte sich dann zur Wohnungsfrage. Seitliche, daß die Wohnungs-

Verhältnisse in zahlreichen Städten unbefriedigende sein; aber ein durchgreifendes Mittel zur Abstellung der bestehenden Lebensstände sei bisher noch nicht angewendet, man habe immer auf die Leistungsfähigkeit der Bürgerschaft Rücksicht nehmen müssen, so vieles auch gerade auf diesem Gebiet bereits geschehen sei. Das Familienhaus für Arbeiter sei in deutschen Städten eine Utopie, da der Boden zu teuer sei. Die Sorge für die Wohnung sei die Sorge des einzelnen Bürgers, ebenso wie die Sorge für Nahrung und Kindererziehung. Nur bei ganz besonderen Umständen sei es Aufgabe der Gemeinde die Wohnungsordnung und eine entsprechende Wohnungsaufsicht sei notwendig. Man müsse Grundzüge für die Entscheidung solcher Weser finden, deren Ausbesserung durch die Wohnungsordnung erheblich geschmälert werde. Arbeitergenossenschaften für den Bau von Wohnungen müsse man mit Freude begrüßen und unter Umständen könne eine Unterstützung durch die Gemeinden eintreten. Das überwundene Schlafstellenwesen müsse zwar energisch bekämpft werden, aber auch hier habe man die tatsächlich bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Uebigenfalls hätten für die Großstädte keine nennenswerte Bedeutung. Auf die Bodenpolitik übergehend, vertrat Redner die Ansicht, daß das Grundbesitzrecht sich nicht zu volkswirtschaftlichen Experimenten eigne und man besonders hier mit großer Vorsicht verfahren und sich mit Energie gegen Forderungen wehren müsse, die auf eine Erpropriation des Privatbesitzes an Grund und Boden hinausläufen. Grundwertsteuern und Verpächterabgaben seien zweckmäßig, aber bei ihnen hätten nicht sozialpolitische, sondern lediglich Steuer rücksichten den Ausschlag zu geben. Doch sei es notwendig, einen möglichst großen städtischen Grundbesitz zur Regelung der Boden speculation festzuhalten. Auf dem Gebiet der städtischen Betriebe redete Oberbürgermeister Beutler einem besondern Kommunal-Sozialismus das Wort, den er für richtig bezeichnete, wenn man ihn nicht überfülle und nicht nach grauen Theorien ins Werk setze.

Eine Aussprache über die Referate fand nicht statt, in dessen wurde beschlossen, die beiden Reden drucken zu lassen.

Wir werden zu gelegener Zeit auf diese Reden wieder zurückkommen und die einzelnen wesentlicheren Punkte von unserem Standpunkt aus beleuchten.

Die Gesundheitsverhältnisse der Gasankalts-Arbeiter.

Nach Schless Angaben in der „Zeitschrift für Gewerbehygiene“ sind die Sterblichkeit und die Erkrankungen der Gasankaltsarbeiter größer als die normalen. Auch nach der deutschen Reichsstatistik kommt die größte Zahl der Krankentage bei den Arbeitern der chemischen Fabriken und der Gasanstalten vor, nämlich 8,8 Tage pro Arbeiter und Jahr. Abgesehen von häufigen rheumatischen Leiden, die durch den beständigen Temperaturwechsel hervorgerufen werden, hält Zehle die itete Einatmung der mit verschiedenen Gasarten erfüllten Luft für das schädlichste Moment, indem diese zunächst verderblich auf die Verdauungsorgane wirkt und eine Verabfolgung der Ernährung und Verminderung der Widerstandskraft des Organismus bewirkt. Auch Erkrankungen der Atmungsorgane sind bei den Gasankaltsarbeitern nicht selten. Ein ganz besonders schädlicher Umstand ist der, daß fast überall der Fenarbeiter eine zwölfstündige Arbeitsschicht zu leisten hat, während der er die Arbeitsstätte nicht verlassen kann. Da auch nur in seltenen Fällen Referat-Arbeiter herangezogen werden, so muß der Fenarbeiter außerhalb alle 14 Tage beim Wechsel der Tag- und Nachtschicht sogar eine 24stündige Arbeitsschicht leisten. Diese langen Arbeitsschichten sind naturgemäß sehr anstrengend. Trotzdem haben nur wenige größere Gasanstalten ihren Fenarbeitern durch Bildung von drei Arbeitsschichten eine tägliche Arbeitsschicht von nur acht Stunden ermöglicht, es außerdem erreicht, daß die 24stündigen Wechselstunden am Sonntag fortfallen, wie es in Trier üblich ist. Dadurch, daß dort die Fenarbeiter in drei Kolonnen geteilt sind, von denen zwei in zwölfstündiger Tag- und Nachtschicht die eigentliche Fenarbeit, die dritte aber in zwölfstündiger Tagsschicht die Hofarbeit (Abladen, Gasserverlauf etc.) verrichtet, erhält jeder Arbeiter, da Sonntags die Hofarbeit fortfällt, an zwei Sonntagen hintereinander 24 Stunden Ruhe und am dritten zwar nur eine zwölfstündige Ruhe, aber keine 24stündige Schicht mehr. Da die Gasanstalten meist städtische Betriebe sind und den städtischen Stellen meist einen antiehnlichen Gewinn abwerfen, so sollen die städtischen Behörden auf die Verringerung der gesundheitlichen Verhältnisse der Gasankaltsarbeiter durch Einführung kürzerer Schichten bedacht sein, auch wenn für die Kommune der Gewinn dadurch etwas geschmälert wird.

Zur Organisationsfrage der städtischen Straßenbahner.

In Nr. 16 der „Gewerkschaft“ brachten wir einen Artikel, der die Organisationsfrage der städtischen Straßenbahner erörterte. Der „Courier“ das Organ des Verbandes der Handels-, Transport- und Werkschreiber, beschäftigt sich in seiner Nummer vom 30. August mit diesem Artikel und vertritt derselbe die Meinung, daß die städtischen Straßenbahner unbedingt zu keinem

Verbande gehören und in unserer Organisation nichts zu suchen hätten. Dem Schreiber des Courier Artikels unterlaufen nun bei seiner Beweisführung eine Reihe von Irrtümer, die wir hierdurch richtig stellen müssen.

Zunächst behauptet er, daß sein Verband noch nie über den Rahmen einer Berufsorganisation hinausgegriffen habe. Entweder ist der Artikelschreiber ein noch ganz junges Mitglied seiner Organisation und kennt als solches die Geschichte derselben nicht oder aber er leidet an behauerlicher Gedächtnisschwäche.

Monate hindurch tritt sich J. B. seinerzeit sein Verband mit der Arbeiterorganisation herun, weil er die Werkschreiber, Kellnerarbeiter etc., die doch im Verkehrsbetriebe tätig sind, für sich reklamierte. Aber auch die städtischen Arbeiter verlor er bereits hier und da zu organisieren. Vor ungefähr zwei Jahren brachte der „Courier“ einen spaltenlangen Aufsatz an die städtischen Arbeiter von Weimar, in dem dieselben aufgefordert wurden, sich dem Handels- und Transportarbeiter Verbande anzuschließen. Auch die städtischen Straßenbahner von Königsberg i. Pr. verlor die fragliche Verband seinerzeit für sich zu gewinnen. Woher der Handels- und Transportarbeiter Verband in angelegentlich dieser Tatsachen noch die Berechtigung herinnert, sich über Verensperzungen zu beschweren, die wir augenblicklich beargen haben sollen, ist uns nicht recht verständlich! Die Herren vom Handels- und Transportarbeiterverbande scheinen sich in dem Glauben hinein gelockt zu haben, sie hätten die Berechtigung, überall organisatorisch eingreifen zu können, spielen dann aber sofort die gefälschte Leberwurst, wenn die zuständigen Organisationen sich dieses wehren.

Um zu beweisen, wie notwendig es ist, daß die städtischen Straßenbahner sich dem Handels- und Transportarbeiter Verbande anschließen, schreibt der „Courier“ unter anderem folgendes:

„Die Straßenbahndirektionen der städtischen Betriebe sind überall eigene, von den anderen Gemeindebehörden gänzlich unabhängige Ressorts.“ „Au, imponiert uns diese Weisheit! Als wenn nicht die anderen städtischen Betriebe, wie Gas-, Kanalisations-, Straßenreinigung etc., alle eigene Ressorts wären. Und der obere Stadtbekörde untersteht die städtischen Straßenbahnen genau so, wie die anderen Betriebe.“

„Die „Gewerkschaft“ scheint auch nicht zu wissen,“ so schreibt der „Courier“ weiter, „daß alle städtischen Straßenbahnverwaltungen ein gemeinsames Band mit den privaten Straßenbahndirektionen im Verein der deutschen Klein- und Straßenbahnverwaltungen verbindet.“

Wenn also die Unternehmer, ganz egal, ob städtische oder private Direktionen, ein gemeinsames Ganzes bilden, dann sollen sich die Angehörigen in verschiedene Organisationen trennen? Das wäre Wahnsinn, kompletter Wahnsinn.“

It das aber nicht! Lieber Freund, Sie schreiben da einen kolossalen Nonsens zusammen. Meinen Sie denn etwa, deshalb, weil die städtischen Straßenbahnen auch dem Verein der Klein- und Straßenbahnverwaltungen angehören, hätte diese Organisation über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Straßenbahner zu bestimmen? Darüber bestimmt nur die Gemeinde-Verwaltung laut Gesetzgebung und nicht eine private Vereinigung. Außerdem haben wir bei vielen anderen städtischen Betrieben ähnliche Verhältnisse. Auch diese gehören privaten Vereinigungen an, um sich über den Stand der Betriebsverhältnisse und ihren Interessen gegenüber der Reichs- und Landesgesetzgebung zu wahren.

Zann schreibt der „Courier“ weiter: „Noch mehr, die Straßenbahner unterstehen ganz anderen gesetzlichen Bestimmungen, als die Gemeinbedarbeiter. Diesen ist das Koalitionsrecht in der Gewerbeordnung garantiert und erstere leiden unter einem ex las Zustand, zu dessen Beseitigung alle Straßenbahner zusammen treten müssen. Und das Koalitionsrecht ist für die Straßenbahner doch schließlich kein Ding, das man so nebenbei erobert kann.“

Lieber Freund, da befinden Sie sich aber in einem gewaltigen Irrtum. Die städtischen Arbeiter haben durchgängig ebensowenig ein gesetzlich gewährtes Koalitionsrecht wie die Straßenbahner. Die städtischen Betriebe werden nach der Judikatur unserer Gerichte als gemeinnützige Institute und nicht als gewerbliche Unternehmer betrachtet. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung sind für die städtischen Arbeiter auch nicht maßgebend.

Trotzdem also die große Mehrheit der städtischen Arbeiter kein gesetzlich gewährleitetes Koalitionsrecht besitzt, ist es unseres Wissens nach noch nie vorgekommen, daß die städtischen Behörden auf Grund dieses gesetzlichen Zustandes ihren Arbeitern die Koalition unter sagten.

Die städtischen Arbeiter haben also mit den Straßenbahnern auf dem Gebiete des Koalitionsrechtes nicht trennende, sondern gemeinsame Interessen aufzuweisen. Dieser Umstand zeigt wieder, daß städtische Straßenbahner mit den anderen städtischen Arbeitern zusammen in eine Organisation gehören. Sollten wirklich einmal städtische Behörden den städtischen Straßenbahner die Koalition untersagen wollen — was wir, nebenbei bemerkt, stark bezweifeln — so wäre eine gemeinsame Aktion aller städtischer Arbeiter sofort notwendig. Die Hilfe, welche hierbei den städtischen Straßenbahner von Seiten der Hausdiener, Ruderer etc. zu Teil werden könnte, wäre so gut wie ohne Bedeutung.

Der „Courier“ schreibt dann noch folgendes:

„Daß die anderen Gemeinbedarbeiter die städtischen Straßenbahner brauchen, das glauben wir gerne und das ist wohl auch der Casus belli der ganzen Geschichte. Die städtischen Straßenbahner sollen in Zukunft den sonstigen Gemeinde-

arbeitern die Kasernen aus dem Feuer holen, zu dieser Beschäftigung wären die Straßenbahner gerade gut genug.“ Da mögen sich die anderen Gemeinbedarbeiter schon selbst beschäftigen die Finger verbrennen, sie haben ja den Straßenbahner noch niemals, wie dies die Transport- und Handelsarbeiter bisher im weitestgehenden Maße getan haben, bei ihren Aktionen und Bewegungen geholfen.“

Diese Ausführungen zeigen abermals, daß der „Courier“ über Dinge schreibt, von denen er nichts versteht. Die städtischen Arbeiter haben in den letzten Jahren durch ihre Kämpfe ganz bedeutende Erfolge errungen. Die finanziellen Effekte derselben belaufen sich an einzelnen Orten auf Hunderttausende von Mark. Und alles dieses wurde erzielt, ohne daß auch nur jemals an eine Unterjüngung von Seiten der Straßenbahner gedacht wurde. Die fraglichen Ausführungen des „Couriers“ sind also im höchsten Grade lächerlich.

Wenn wir für den Anschluß der städtischen Straßenbahner an den Verband der Gemeinbedarbeiter plädieren haben, so geschah das nur deshalb, um eine gemeinsame Aktion aller städtischen Arbeiter an einem Orte zu ermöglichen. An den eventuellen Ertragsverhältnissen partizipieren dann die Straßenbahner sowohl, wie auch die anderen städtischen Arbeiter.

Auf die Taktik bei Lohnbewegungen usw. geht der Artikel des „Couriers“ garnicht ein, obgleich doch von diesem Gesichtspunkte aus die Organisationsfrage der städtischen Straßenbahner in aller erster Linie betrachtet werden muß. Der Artikelschreiber scheint sich denn auch der Schwäche seiner Position bewußt gewesen zu sein, weshalb er die Erörterung dieser Kardinalfrage sorgfältig vermeidet.

Wir resumieren daher nochmals:

Die städtischen Straßenbahner haben mit den anderen städtischen Arbeiterkategorien einen gemeinsamen Arbeitgeber, die Gemeinde. Die Politik, welche die einzelnen Gemeinden in Bezug auf ihre eigenen Arbeiter verfolgen, ist für die städtischen Straßenbahner genau so maßgebend, wie für die anderen städtischen Arbeiter. Die städtischen Straßenbahner haben mit ihren anderen städtischen Kollegen also das gemeinsame Interesse, die kommunale Arbeiterpolitik zu Gunsten der gesamten Gemeinbedarbeiter zu beeinflussen. Die städtischen Straßenbahner bilden mit den anderen Gemeinbedarbeitern daher ein gemeinsames Ganzes und da sollen sich die einzelnen Kategorien in verschiedene Organisationen trennen? Das wäre Wahnsinn, kompletter Wahnsinn, mein lieber „Courier“.

Die englischen Gasanstalten in Berlin u. Umg. und das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter.

Wie den Lesern der „Gewerkschaft“ durch den auf die englischen Gasanstalten in Berlin u. Umg. bezüglichen Artikel in Nr. 45 d. M. bekannt geworden ist, macht sich jetzt auch bei den Sandwertern, Arbeiterleuten und sonstigen Arbeitern der englischen Gasanstalten in Berlin u. Umg. eine lebhaftere Bewegung zu gunsten besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse bemerkbar. Die Organisation der Kollegen, die Nitiale Engländer Gasanstalten Berlin unseres Verbandes greift immer weiter um sich. In Besprechungen und Versammlungen wurden eine Reihe Wünsche ans Tageslicht gefördert und deren Abstellung verlangt. Auch sonstige Wünsche der Arbeiter wurden laut.

Alles dies scheint nun aber der Direktion und den übrigen Verwaltungsorganen dieser Anstalten nicht recht angenehm gewesen zu sein. Trotz aller Versprechungen dieser Leute, das Koalitionsrecht der Arbeiter respektieren zu wollen, wurde zu Aktionen gegen den Verband ausgetobt. Jede sich bietende Gelegenheit wurde benutzt, um den Kampf gegen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zu führen. Man ließ es nicht bei direkten Vorhaltungen den Arbeitern gegenüber bewenden, sondern benutzte hier und da auch einen gefindnen Trick. Selbst Besprechungen der Arbeiter fehlten nicht. Selbstverständlich handelte es sich in erster Linie um die Ausschärfung der inneren Enurchigkeit der Organisation und die Zugewöhnung zu derselben. Sind doch selbst schon Wünsche nach Ausschändigung der Mitgliederliste laut geworden. Ein bestimmter Herr hatte selbst die Manie, sich bei Abhaltungen von Versammlungen und Besprechungen auf die Lauer zu legen, um so zu erfahren, wer diese Zusammenkünfte besucht. Gelegentlich wurde dann den so auszufundsthaftesten Arbeitern in recht unabweisbarer Weise plausibel gemacht, daß gewissen Leuten der Besuch solcher Versammlungen nicht lieb ist und daß gegebenenfalls mit Abdeltschen hierfür ge dient wird.

(Einige besondere Stellen in puncto Verbandsbekämpfung brachten es sogar fertig, einen „Protest“ gegen die Beschlässe der Versammlung vom 19. Juli in die Wege zu leiten. In dem hierauf bezüglichen Artikel, welches aber nur bestimmten Kollegen mit aller Wichtigkeit und Einflüsterer unterbreitet wurde, stellte man natürlich alle von uns geäußerten Wünsche in Abrede. Die ganze jegige Bewegung der Kollegen wurde als Deseure und Aufwiegerei einiger „Jungen un reifer“ Personen hingestellt. Die vielen in den einzelnen Besprechungen anwesend gewordenen Kollegen wurden als „verführt“ bezeichnet. Die Organisation wurde darin mit Rot beworfen. Trotz des hierbei ausgeübten Trudels erhielt die Lüge aber doch nicht die gewünschte Unterstützung.)

Tamit hatten diese Leute aber noch lange nicht genug. Es regnete auch Verbote für Versammlungsversuche. Einige Betriebsleiter erklärten sogar, nicht mit organisierten Arbeitern zusammen arbeiten zu können. (??) Jedoch auch hiermit waren die Herren noch nicht zu

rieden. Nach Abhaltung der Versammlung am 8. August glaubten sie vielmehr ein Exemplar flutieren zu müssen. Alle diejenigen Arbeiter, welche nämlich in der Versammlung gesprochen hatten, wurden schnellstens unter teilweise recht nichtigen Gründen entlassen. Dieser Angriff auf das Koalitionsrecht blieb nicht unbeantwortet. Am Donnerstag, den 9. September, fand eine imposante Protestversammlung statt. Ueber den Verlauf dieser Versammlung sowie über den Erfolg der von dieser beschlossenen Maßnahmen werden wir in der nächsten Nummer unseres Blattes berichten.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Kombinierte Mitgliederversammlung vom 8. September. Die Versammlung war gut besucht. Der von der erweiterten Ortsverwaltung vorgelegte Organisationsplan wurde nach erheblicher Diskussion einstimmig angenommen. (In nächster Nummer werden wir den Organisationsplan im Wortlaut bringen. D. R.) In den Filialort wurden gewählt: Fleißig als erster Vorsitzender, die Kollegen B. Wagner und Könnigk als Mitglieder die Kollegen Blümel und Volenske. Die Kassenschätze führt bis auf Weiteres der Ortssekretär J. Schubert. Als Revisor wurden gewählt: Postfach 7, Freiberg und Thiele. Als Kassier für die Hauptkassier wurde Johann die fest, seit nach achtmönatigen Warten, eingegangene Antwort des Magistrats auf das Gesuch vom 19. Januar d. Js., die an dem schon seit einigen Monaten verstorbenen Kollegen Gubitz gerichtet war, zur Verlesung. Sie lautet: „Auf Grund übereinstimmender Beschlüsse der städtischen Behörden sind erst im Verlaufe des vergangenen Geschäftsjahres sämtliche Verwaltungen der Stadt angewiesen, den Minimallohn der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter auf 3,50 Mk. zu bemessen. Dieser Verfügung ist überall, wo nicht besondere Verhältnisse, wie kurze Arbeitszeit, provisorische Beschäftigung u. a. eine Ausnahme rechtfertigen, entsprechen worden. Hierzu kommt, daß wir inzwischen festgestellt, nur etwa ein Drittel der städtischen Arbeiter diesen Mindestlohn von 3,50 Mk. täglich, meist als Anfangsgehalt, bezieht, zwei Drittel dagegen erheblich höhere Löhne erhalten. Andererseits sind die in der Begründung enthaltenen Angaben über die Höhe der Fleischpreise nicht mehr zutreffend. Während nach den Notierungen über die Großhandelspreise in unserer Zentralmarkthalle der Preis für Schweinefleisch im Jahre 1902 zwischen 50 und 60 Mk. pro Zentner schwankte, betrug er im Mai d. Js. 48,48 bis 49,90 Mk. Ebenso ist der Preis für Rindfleisch mittlerer Qualität seit Januar d. Js. von 33,27 bis 36,58 Mk. auf 50,50 bis 55 Mk. im Mai zurückgegangen. Entsprechende Preisveränderungen im Kleinhandel sind bereits eingetreten oder in der Folge zu erwarten. Wir sind hiernach nicht in der Lage, die Gewährung einer Teuerungszulage oder eine Erhöhung der Arbeitslöhne in Aussicht zu nehmen.“

Kollege Schubert weist in einem Nachwort nach, daß die Kleinhandelspreise für Fleisch und andere Lebensmittel nicht zurückgegangen seien. Die Notlage für die städtischen Arbeiter bestehe nach wie vor. Die städtischen Arbeiter Berlins würden aus dieser Antwort ihre Konsequenzen ziehen.

Der Verlauf dieser Versammlung war ein ausgezeichneter und dürfte für das künftige Zusammenwirken in der ab 1. Oktober ins Leben tretenden Filiale, wofür schon jetzt die wichtigsten Vorbereitungen getroffen sind, das Beste erhoffen lassen.

Berlin I. Am 2. September fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung bei Hoffmann, Palenstraße 3, statt. Kassier Kollege Thiele las den Bericht von der Hauptversammlung vor. Nachdem über diesen Punkt diskutiert war, wurde der Rechtsvorstand und die Beitragskassier gewählt, und zwar zum Sektionsleiter Hoffmann, zum Kassierer Glog U., zum Schriftführer Kewwig. Zu Beitragskassierern wurden 12 weitere Kollegen gewählt. Sodann regte der Vorsitzende die Frage der Kräftigung für verstorbenen Kollegen nach Maß an. Er führte aus, daß wir den früheren Verzicht nicht aufrecht erhalten können, nur Kräfte mit roter Schleife zu senden. Es können dadurch mancher Blüte Nachteile entstehen. Die Beschlusstimmung über diese Frage ergab: 40 Stimmen für Auswahl der Schleifen, 8 Stimmen dagegen. Schluß der Versammlung um 11 1/2 Uhr. Nächste Versammlung am 23. September.

Berlin II. (Kanalisation.) In der Versammlung vom 13. September leitete der Vorsitzende, Kollege Müller, mit, daß an die Direktion der Kanalisationswerke zwei Eingaben abgegangen seien. In der ersten sei beantragt, an Stelle der bisherigen Tagelöhne Wochenlöhne einzuführen, und zwar für Kanalarbeiter: Anfangslohn 25 Mk., nach 2 Jahren 27 Mk., nach 5 Jahren 29 Mk., nach 8 Jahren 32 Mk. und nach 11 Jahren 35 Mk. Für die Decker in derselben Zeitabstufung: 25 Mk., 27 Mk., 29 Mk., 32 Mk. und 35 Mk. Außerdem wird um die Einführung von zwei Stunden Ruhepausen für die Nachschichten gebeten, soweit sie noch nicht eingerichtet ist. Für Kohlenkarrer werden für dieselbe Zeitstufe wie oben diese Wochenlöhne erbeten: 25, 27, 31 und 35 Mk. In der zweiten Petition wird darum gebeten, daß die Arbeiter der Bauverwaltung auch während der Winterzeit beschäftigt werden. Auf den Baustellen und Lagerplätzen witterte und heizbare Ruben mit Sitz- und Waschgelegenheit eingerichtet werden. 3. Die Arbeiter maßschäbige Zwickeln und Kellerinnen erhalten. Sodann kamen Fälle im schiedlichen Verhältnis der unteren Vorgesetzten den Arbeitern gegenüber zur Sprache. Die Zahlen sollen weiter verliert werden. Im Uebrigen wurde darauf hingewiesen, daß es sich nicht empfiehlt, wenn irgendwo

sich Mißstände zeigen, damit unvermittelt in die Öffentlichkeit zu gehen, sondern diese, so lange die Arbeiter auschüsse noch fehlen, durch die Vertrauensmänner, die ja ausdrücklich dazu autorisiert seien, sich an ihren Inspektor zu wenden, zur Sprache zu bringen. Erst wenn der ganze Antragsweg bis zur Deputation erfolglos durchlaufen sei, komme die Öffentlichkeit. Kollege Bürger hielt sodann einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: Die Gewerkschaft als Kulturträger. Bezüglich der Protokolle vom Verbandstage wurde beschlossen, sie aus der Filialkassie zu bezahlen und den Mitgliedern aus agitatorischen Rücksichten unentgeltlich zu geben. Das bisherige Unterstützungsmittel wird nach dem Ergebnis der vorgenommenen Urabstimmung mit Ablauf September eventuell eine einheitliche Regelung des Unterstützungsmittels für die Filiale Groß-Berlin zu beantragen. Der Organisationsplan der neuen Filiale Groß-Berlin wurde vorgelesen und erläutert.

Berlin VI. (Laternenvörter.) Am 27. August hielten die Anzün der Generalversammlung Neue Königstraße 26 ab und erlittete der Kassierer, Kollege Wang, den Kasfenbericht für das 2. Quartal 1903. Danach betrug die Unterstützung allein für dieses Vierteljahr 291 Mk., und zwar wurden an Krankenunterstützung 176 Mk., für Sterbegeld 80 Mk. und sonstige Unterstützung 35 Mk. bezahlt; bei der abendigen vorgenommenen Wahl der Sektionsleitung wurde der Kollege Wagner zum Sektionsführer, Kollege Band zum Sektionskassierer und Kollege König zum Schriftführer gewählt.

Sodann wurde von Seiten der Anzün, welche in dem Besitz des Herrn Oberkontrollieurs Heinrich arbeiten, lebhaft Klagen laut über ungerechte Beirafungen und über die Behandlung von seiten dieses Herrn. Wenn auch die Anzün sich daran haben gewöhnen müssen, daß nunmehr, seit sie in den Dienst der Stadt getreten sind, für sie die Herr-ligkeit ein Ende hat, so glauben sie dennoch, einen Anspruch darauf zu haben, daß man sie menschenwürdig und gerecht behandeln möge und daß man sie nicht den Launen eines einzelnen Vorgesetzten preisgibt. Während der sehr lebhaften Debatte lief folgende Resolution ein:

„Auf vielfache Beschwerden der Anzün spricht die heutige Versammlung ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß noch immer ungerechte Beirafungen, namentlich in den Hauptreihen des Herrn Oberkontrollieurs Heinrich, vor sich gehen; wir fordern daher vom Arbeiterausschuß, so schnell wie möglich hierzu Stellung zu nehmen und bei der Direktion beschwerdeführend vorzugehen.“

Nachdem noch einige interne Sachen zur Erlebigung gelangten, schloß der Vorsitzende, Kollege Wagner, die Generalversammlung.

Berlin X (Röhrensystem.) In der am 6. September abgehaltenen Versammlung wurde nach einem Referate des Kollegen Bürger beschlossen, eine Petition an die Direktion der städtischen Gewerke einzureichen, in welcher folgende drei Wünsche enthalten sind: 1. Grundtägliche Einführung des Wochenlohnes an Stelle des bisherigen Stundenlohnsystems. 2. Für die Rohrleger den Wochenlohn auf 27 Mk. festzusetzen, steigend um 1,50 Mk. mit jedem Dienstjahr, bis zur Höchstgrenze von 36 Mk. 3. Für die Arbeiter des Röhrensystems den Anfangslohn auf 24 Mk. festzusetzen, steigend um 1 Mk. pro Dienstjahr bis zur Höchstgrenze von 30 Mk. Für einmalige Nebenstunden, soweit solche durch Notarbeiten veranlaßt werden, soll der entsprechende prozentuale Aufschlag in Berechnung kommen. Die Eingabe soll auf allen Arbeitsplätzen zur Unterschrift zurufen und dann durch den Arbeiterausschuß weiter gegeben werden.

Die Gasarbeiter Breslau, welche bei ihrem Arbeitgeber, dem Magistrat dieser Stadt, schon vor Jahren eine Verbesserung ihrer recht mäßigen Lohn und Arbeitsverhältnisse beantragten, bis heutigen Tages aber noch vergeblich auf die Erfüllung ihrer Wünsche warten, haben sich in jüngster Zeit wiederum mit einer Petition an den Magistrat gewandt, worin Befehd erbeten wird über die Stellungnahme des Magistrats zu den bisherigen Eingaben der Gasarbeiter. Mit dieser Anfrage verbunden wurde gleichzeitig der Hinweis, daß es den Petenten in allererster Linie um die Einführung von Arbeiterausschüssen und um die Befestigung der 24 stündigen Wechselschicht zu tun sei. Die weitere Forderung wurde erhoben, damit die genannten Vertreter der Gasarbeiter recht bald in die Lage versetzt werden, über Abstellung von Mißständen und Erfüllung von Wünschen und Anträgen der Arbeiter, mit ihren Verwaltungen persönlich verhandeln zu können. Bei der Stellung des Verlangens, Befestigung der 24 stündigen Wechselschicht, gingen die Petenten von dem Grundsatz aus, daß es eine solche lange Arbeitszeit die Gesundheit der Betriebsleute zu stark in Anspruch nimmt, viele Krankheitserscheinungen mit sich bringt, den übermäßigen Genuß von Reizmitteln resp. geistigen Getränken fördert und infolgedessen einer so großen Stadtbevölkerung wie Breslau nicht würdig ist. Außerdem doch ferner Zeit selbst bürgerliche Mütter über diese Zustände ihr Mißfallen. Die „Breslauer Morgen-zeitung“ schrieb damals folgendes:

„Dieser letztgenannten Ansicht können wir uns nur anschließen. Auch uns sind Mitteilungen geworden von der Ungeheuerlichkeit der Grenzen einer 24 stündigen Schicht in den städtischen Gasanstalten. Wir haben sie nicht geglaubt. Der Magistrat wird nunmehr nicht unglücklich sein, darüber Aufschluß zu geben, und außer dem sozialdemokratischen Stadterverwalter werden sich auch andere finden, die sich zum Antrieder für die berechtigten Forderungen der Gasarbeiter bereit finden lassen werden.“

Wollen wir daher im Interesse unserer dortigen Kollegen hoffen, daß hier baldigt Wandel geschaffen wird.

Berlin. Am 7. September fand hier eine von ungefähr 70 Personen besuchte Versammlung statt, die sich mit der Frage der Penionsberechtigung, Krankenversicherungs- und Arbeitervertretungen beschäftigte. Kollege Boerich aus Berlin hielt das einleitende Referat, welches allseitig Zustimmung fand. Die Diskussion war ziemlich reger. Kollege Strohsch von dem Tisch-Dunkerischen Gewerksverein tadelt scharf den Indifferentismus der hiesigen städtischen Arbeiter und teilte mit, daß ihm der Oberbürgermeister schon vor beinahe 2 Jahren die Erhöhung der Penionsberechtigung versprochen habe, bisher aber selber von derselben nichts zu hören sei. Er forderte die Versammelten weiter auf, sich endlich zu ermannen und eine starke Organisation zu bilden.

Es wurde ein Antrag angenommen, welcher die Organisationsleitung beauftragte, die nötigen Vorarbeiten für eine Petition an die Stadterverwaltung zu unternehmen, welche die Penionsberechtigung, Einführung von Arbeiter-Ausschüssen und Krankenversicherung fordert. Die im Tisch-Dunkerischen Verbands organisierten Kollegen sollen zu den Vorarbeiten herangezogen werden. Die hiesigen Kollegen gaben sich der Hoffnung hin, daß das Vorgehen von Erfolg gekrönt sein wird, da man nur Forderungen an die städtischen Behörden richtet, welche in vielen anderen Städten schon verwirklicht sind.

München. In der am Samstag, den 22. August, in Hoffmann's Gasthaus „Zur Krone“ stattgefundenen öffentlichen Versammlung für sämtliche städtischen Arbeiter sprach Gemeinde-Bevollmächtigter Hrn. Döbler über: „Die Bewegung der städtischen Arbeiter, ihre Ziele und Erfolge.“

Redner entlegte sich in leicht verständlicher Weise seiner Aufgabe, indem er an der Hand unzähliger statistischer Beweise und reichen Erfahrungen die wirtschaftliche und soziale Stellung der städtischen Arbeiter wie folgt schildert: Es kann für die Öffentlichkeit nicht gleichgültig sein, wie die Verhältnisse des städtischen Personals bestellt sind; ferner kann es nicht gleichgültig sein, wie die Lohnberechnung bzw. Anstellung von jugendlichen und älteren Arbeitskräften gehandhabt wird. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der städtischen Arbeiter Münchens seien infolge der geringen Löhne und gesteigerten Preise für den Lebensunterhalt sehr unbefriedigend. Stellenweise seien die Leute der bittersten Not ausgeliefert. Seiner Zeit (1901) sei im Gemeinde-Kollegium bei Aufstellung der Arbeitsordnung die Behauptung aufgestellt, daß Arbeitermaterial sei ein viel zu altes. Daß dem nicht so ist, zeigt Redner in Folgendem:

Beschäftigt sind in der Gemeinde unter 20 Jahr 148 Arbeiter, von 21–30 Jahr 427 = 27 pSt., von 31–40 Jahr 726 Arb. = 24,9 pSt., von 41–50 Jahr 427 Arb., vom 51.–60. Jahr 358 und vom 60.–70. Jahr 192 Arbeiter, über 70 Jahr alt sind 3,2 pSt. der Beschäftigten.

Diese Ziffern widerlegen obige Behauptung schlagend, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß 1062 Arbeiter 1. Jahr, 835 5. Jahre, 441 10. Jahre, 181 12. Jahre und 472 Arbeiter = 16,2 pSt. länger als 12 Jahre (excl. der weiblichen Arbeitskräfte) im Dienste der Gemeinde stehen.

Bedauerlich ist es, daß die städtischen Arbeiter bzw. städtischen Betriebe außerhalb der Gewerbe-Erdnung stehen. Es sollte doch klar für Alle sein, daß die Genannten diesem Geleze unterliegen. Es gehört geradezu eine juristische Spitzfindigkeit dazu, dies zu verneinen. Der Begriff „Gewerbe“ sei nach gerichtlichem Urteil dahin zu definieren, daß ein Betrieb einen wirtschaftlichen Gewinn abwirft. Dies läßt sich doch leicht bei der hiesigen Gasanstalt und den Elektrizitätswerken feststellen. Doch auch diese wurden durch Gewerbegerichts-Beschluß nicht unter die Gewerbe-Erdnung fallend bezeichnet. Nicht des Verbandes ist daher, dahin zu wirken, daß die städtischen Arbeiter im Allgemeinen der Gewerbe-Erdnung zu unterstellen sind.

Sodann tritt Redner das in vielen Stadtbetrieben Münchens herrschende Spitzelwesen, Streber- und Demunziantentum. Das könne nur durch die Organisation ausgerottet werden.

Auch die Arbeits-Erdnungen seien nicht weniger als zeitgemäß, hauptsächlich herrsche Unwillie darüber, daß in einer Reihe von Reforts der gewählte Arbeiterausschuß bis heute noch nicht eingeführt sei.

Uebergehend zur Bewegung der Gemeinbedienten, ihre Ziele und Erfolge, schloß Hrn. Döbler seinen einleitenden mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag, indem er noch vorher die Versammelten aufforderte, fest zum Verbands zu halten und für denselben rege zu agitieren.

In der sehr lebhaften Diskussion wurde hauptsächlich Klage geführt über die Kantinen-Verhältnisse im Elektrizitätswerk und zur Kennzeichnung der Zustände u. A. erwähnt, daß im Schwandlauer zugleich Wäsche, ja sogar Kranenwäsche gewaschen wird. Im Uebrigen sei die Kantine nur für die Bureauherren eine Vergünstigung; viele Leute bekommen das Mittagessen für 35 Pfg., während das Werkstättenpersonal nicht einmal eine richtige Probzeit erhält. Die 12 stündige Arbeitszeit nur 15 Minuten Mittagspause haben und dann nur fette Speisen, wie Käse, Murr usw. erhalten. Besonders wird endlich einmal Sorge getragen, daß auch für die viel geringeren Betriebsarbeiter warme Speisen zu haben sind.

Kollege Mühlbauer tritt mit seinen Worten das läpplich wuchernde Demunziantentum und geht auf die schlechte Berechnung und gegen die Arbeitsordnung verstoßene Bezahlung der Sonntagsarbeit ein, wie dies ihm betr. Laternenanfragen an der Baustelle passierte. Ein anderer Redner beschwerte sich darüber, daß der Betriebsleiter des Elektrizitätswerkes an der Staubschleife

S. Maner, als die Arbeiter zu ihm kamen, um für Einsetzung des doch schon genehmigten Arbeiterausschusses zu plädieren, sich äußerte: Er brauche keinen Arbeiterausschuss, nach berühmtem Muster sagte er: „Der Arbeiterausschuss bin ich“. Allgemein noch wurde bitter Klage geführt über die Behandlung der Gemeindeführer seitens der angestellten Militärschwärzer, welche unglaubliches Leiden, und jedenfalls noch immer der Meinung sind, sie befinden sich im Kaiserhofe.

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten schloß Kollege Pfannholz die sehr gut verlaufene und zahlreich besuchte Versammlung, mit dem Appell, die Anwesenden wollen rege für den Verband der Gemeindeführer agitieren, denn nur eine starke Organisation wird infolge dessen noch immer der Verwirklichung der Lebenshaltung des wertvollen Volkes zu erringen.

Zettin. Mitglieder-Versammlung am Montag, den 17. August. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Sommervermögen. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verchiedenes. Die Abrechnung vom Sommervermögen wurde vorgelesen und für richtig befunden. Sodann wurden die Kollegen Beise, Wellenstraße 35, für den 8. und Weiser, Körnerstr. 79, für den 9. Bezirk als Unterfasserer gewählt. Dem Kollegen Watzke wurde seine Stelle als Unterfasserer wieder übergeben. Darauf wurde beschlossen, auf Kosten der Filiale ein Reichsstraßenbuch zu beschaffen und es dem Vorsitzenden Koll. Stern zum Gebrauch zu überweisen. Ferner wurde auch die Beschaffung eines Spindes zur Aufbewahrung der Verbandsunterlagen beschlossen. Die folgende Diskussion befaßte sich mit der im Lokale des Genossen Stellmacher stattfindenden öffentlichen Versammlung (30. August) und Verbreitung von Handzetteln. Bezüglich des Herbstvermögens befaßte die Versammlung, dieses im Monat September abzuhalten und zwar auf einen Sonnabend Abend. Das Entree wurde auf 50 Pf. festgesetzt und das Lokal des Genossen Wörds dafür gewählt. In die Vermögenskommission wurden gewählt die Kollegen Weim, Raich, Wellst, Schuster 11, Sträter 1, Kieme, Bahke und Prohl. Dem Kollegen L. wurde von der Lokalverwaltung eine Unterfertigung von 10 Pf. bewilligt. Die Angelegenheit des Wintervermögens und die Fragestellung des Leitungsvermögens wurden bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Der Kollege Stern spricht zum Schluss den Wunsch aus, daß sich die Kollegen den Verband mehr anhängen und die Versammlungen einziger besuchen möchten.

Zettin. Am 30. August fand im Lokale des Genossen Stellmacher eine öffentliche Versammlung hiesiger Arbeiter statt. Zunächst wurde Stellung genommen zu der am 2. April eingereichten Petition, die bis dato noch unbeantwortet geblieben ist. Die Petition wurde nochmals verlesen und beschlossen, an unfähiger Stelle um baldige Antwort zu ersuchen. Darauf hielt der Staatserordnete Genosse Storch einen Vortrag über: Volksschule und Volkserziehung. Der Vortrag war sehr belehrend und fand beifällige Aufnahme. Sodann wurde auf Grund der Berichterstattung der „Zettiner Neuesten Nachrichten“ die Vorzüge der letzten Stadtverordnetenwahl, welche sich mit der Petition der hiesigen Arbeiter und der Sache Zettin und Genossen befaßt, zur Sprache gebracht. Es wird benachrichtigt, daß die Petition zurückkommen. 2. R.) Nach Wahl eines Komitees für das Herbstvermögen und Aufnahme einer größeren Anzahl Mitglieder wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Aus den Staats- und Gemeindebetrieben.

Irrenhaus in Taidorf bei Zettin. Ich meine eine etwas eigentümliche Artung von ihren dienstlichen Obliegenheiten zu haben. Die verlagte dem Personal, zu den Verbands-Versammlungen zu gehen und hält wieder rechtlich Einladungsstellen, die an Pflegerinnen z. g. richtet sind, zurück. Öffentlich unterläßt die Dame zukünftig derartige Sachen, somit müßte die Organisation zu Mühen greifen, die ihr mindestens einen Krümel einbringen würden.

Trosen. Unter den Arbeitern der hiesigen Elektrizitätswerke regt sich neuerdings auch der G. in der Soldaterei immer mehr. Die Kollegen sehen ein, daß es bei der bisherigen Untertänigkeit nicht bleiben kann. Die Lage der in den hiesigen Elektrizitätswerken beschäftigten Arbeiter ist in jeder Beziehung verbesserungsbedürftig.

Die Arbeitszeit liegt sehr unregelmäßig und die Beschäftigung höchst uneben. Die Sonntagsruhe ist recht spärlich bemessen, alle zweiten bzw. dritten Sonntag nur 24 Stunden. Die Freizeitanlagen sind ebenfalls total unregelmäßig. In dieser allgemeinen Unregelbarkeit kommt nun noch eine äußerst anstrengende Arbeitsweise. Am meisten haben darunter die Kohlenfahrer und Schürer zu leiden. Die Arbeitsmethode ist sogar so intensiv, daß die Kohlenfahrer kaum noch Zeit haben, ihre menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Selbst Sonntags, am Tage des Herrn, kann wieder Frühstücks- noch Vesperpunkte eingehalten werden und jede geringe Unterbrechung der Arbeit muß durch straffe Anspannung aller Kräfte wieder wett gemacht werden. Dabei beträgt die Arbeitszeit täglich zehn Stunden. Der eine Teil der Arbeiter arbeitet ununterbrochen zehn Stunden ohne jede Pause. Gewas können dann während der Arbeitszeit eingenommen werden, d. h. wenn die Zeit es erlaubt. Der andere Teil arbeitet täglich zwölf Stunden mit den üblichen Pausen. Früher bestand das erkrankte Zettin für alle Arbeiter und das hatte den Vorteil der öfteren Sonntagsruhe und der besseren Arbeitsweise. Im Jahre 1902 kam die große Verbesserung der Arbeitszeit. Im Interesse des großen Proletariats sollte die 12 Stundenwache allgemein eingeführt werden. Das Personal wurde erheblich verringert und

infolge dessen griff eine geradezu rümpfende Ausnutzung der Arbeiter Platz. Hiergegen wandten sich die Kollegen damals und die Arbeitervertreter wurden in dieser Sache beim Überbürgermeister vortrefflich. Sie erzielten den vollen Erfolg, daß das 10 Stundenlohn nicht ganz beibehalten wurde, im übrigen aber verschlechterte sich das Arbeitsverhältnis ganz erheblich. Am meisten hat es die Arbeiter verbittert, daß man bald nachdem die vorerwähnten Arbeitervertreter teils in schlechtere Stellen brachte und teils entließ. Das haben die beteiligten Arbeiter denn auch heute noch nicht vergessen. Solche Maßnahmen schlagen doch jedem sozialen Empfinden und Rechtsbewußtsein ins Gesicht. Die Löhne sind auf Grund der Mehrleistungen keineswegs verbessert worden. Sie betragen für Heizer, Maschinenisten und Oberheizer sage und schreibe 32 bis 38 Pf. pro Stunde. Es wäre hier übrigens auch bald an der Zeit, mit den Stundenlöhnen aufzuräumen und an deren Stelle bestimmte und ausreichende Wochenlöhne zu geben. Der Gesundheitszustand wird natürlich unter diesen Verhältnissen sehr nachteilig beeinflusst. Infolge der unregelmäßigen Arbeits- und Lebensweise herrschen viel Magen- und Darmkrankheiten, aber auch Lungenerkrankungen und Rheumatismen kommen häufig vor. Und wenn erst der Ernährer der Familie auf ein längeres Krankenlager geworfen wird, tritt bald Not und noch schlimmeres ein.

Am meisten aber leiden die Kollegen unter dem Nachdienst. Dieser wiederholt sich für jeden, jede zweite Woche. Das ist auf die Dauer unmöglich! Der Arbeiter der hiesigen Elektrizitätswerke kennt nur noch, soweit er es schon bekommen, seinen Arbeits- und seinen Schlafplatz. Das ist seine ganze Welt. Ausbeuterpraktiken werden natürlich getan, daß diese vollkommen genügt, aber die Arbeiter sind nun anderer Meinung geworden und haben eine Eingabe eingereicht, in welcher sie folgende Wünsche vorgebracht haben:

1. Lebensreform des Dreifachdienstsystems von 1898 für das gesamte Personal.
2. An Stelle der bisherigen Stundenlöhne, Schichtlöhne festzusetzen und zwar für Arbeiter 3,50 Pf., Schürer und Kohlenfahrer 4,00 Pf., und für Handwerker, Maschinenisten und Oberheizer 4,50 Pf.

Die Kollegen hoffen, daß man ihren billigen Wünschen Rechnung tragen und aus den auf dem Stadttage präparierten Grundrissen einige Anpassungen ziehen wird.

Leistung der Hauptkasse.

Für das 3. Quartal gingen an Beiträge ein: Berlin XIV 50, Pf., Greif 60, Pf.
Für die Protokolle des Verbandstages sandten ein: Berlin I 30, Pf., Berlin Ia 10, Pf., Berlin XVII 10, Pf., Berlin XVIIa 10, Pf., Chemnitz 9, Pf., Kiel 10, Pf., Leipzig 15, Pf., Nürnberg 37,50 Pf., Schmagendorf 30, Pf., Tegel 12, Pf.

Für die ausgesperrten Gemeindeführer in Holland gingen ein:

Aus der Filialkasse	Durch Sammelstellen
Bremen 50, Pf.	9,50 Pf.
Hamburg 50, Pf.	9,50 Pf.
Zumma 50,- Pf.	9,50 Pf.

Bereits quittiert 1495,82 Pf., insgesamt 1425,02 Pf.
O. Ahmann, Hauptkassierer.

Briefkasten.

Kollege Wittwats-Zustigart schreibt: Am Stutt garter Versammlungsbericht der Nr. 17 (Beilage) unteres Verbandsblattes beherde ich ein Dinkfischer. Es muß u. a. heißen: An die Unterfertigungskasse abgeführt 50,32 Pf. und nicht wie an beflagter Stelle steht 50,32 Pf.

Kollege Paul Reinsch-Wagdeburg schreibt: Die Kollegen und alle Interessierten werden darauf aufmerksam gemacht, daß es auf Seite 76 des Protokolls der Gasarbeiterkonferenz unter Wagdeburg Seite 6 und 7 heißen muß: Bei 12 stündiger Arbeitszeit arbeiten wir in Wirklichkeit 7 Stunden und nicht 4 Stunden, wie da steht. Der Arbeiter ist von mir bei der Korrektur übersehen worden und bitte ich alle Anhaber von Protokollen, diese Berichtigung vorzunehmen.

H. Z. und Z. Friedrichshagen. Ihre Anfrage betr. Voreng ist dem Verbandsauschuß unterbreitet worden. Jedenfalls werden Mitglieder des Auschusses nun dazu kommen, einen Entschluß in der Angelegenheit herbeizuführen und Sie zu benachrichtigen.

Kollegen Wühlhausen I. G. Mangels Pl. mußte Ihre Sache zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Versammlungs-Anzeiger.

Folgende, die Ihre Berichterstattung regelmäßig an bestimmten Tagen abgeben, können bei jeder Abfertigung sein. — Änderungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

Berlin. Kombinierte Versammlungen finden statt: am Dienstag, den 18. Oktober und 17. November, in den Vereinigungen, Romanstraße 20.

Berlin I. Mittwoch alle drei Wochen. Nächste Versammlung am Mittwoch, den 23. September, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Berlin Ia. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin II. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin III. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin IV. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin V. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin VI. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin VII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin VIII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin IX. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin X. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XI. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XIII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XIV. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XV. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XVI. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XVII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XVIII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XIX. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XX. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXI. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXIII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXIV. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXV. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXVI. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXVII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXVIII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXIX. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXX. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXI. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXIII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXIV. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXV. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXVI. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXVII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXVIII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXIX. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXX. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXI. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXIII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXIV. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXV. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXVI. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXVII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXVIII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXIX. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXX. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXXI. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXXII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXXIII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXXIV. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXXV. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXXVI. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXXVII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Berlin XXXXXVIII. (Südlich-Friedrichstr.) Alle drei Wochen Dienstag. Nächste Versammlung am 22. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmannstr. 10, am Berliner.

Filiale Hamburg.

Alle unsere Freunde, Kollegen und deren Damen beehren wir uns zu unserem am **Sonnabend, den 26. September d. Js.**

im Lokale des Herrn Springborn, Valentinskamp, stattfinden:

Stiftungs-Fest

hierdurch ergeben einladen. — Das Lokal, eines der größten und erhellungsausgestatteten Vergnügungsgaststätten Hamburgs und ein sorgfältig vorbereitetes Arrangement verbürgt allen Gästen einen angenehmen Aufenthalt und genussreichen Abend. Darum beehre uns jeder mit seinem Freund Herrenkanten zu 50 Pf., Damen in Herrenbegleitung haben freien Zutritt, sind bei allen Begehrstimmern und Verwaltungsmitgliedern zu haben.

Der Fest-Ausschuß.

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 19.

Berlin, den 18. September 1903.

7. Jahrg.

Die deutschen Gewerkschafts-Organisationen im Jahre 1902. (Schluß.)

In den Verufen, für welche die in der Statistik geführten Zentralverbände bestehen, waren 1895 1.016.203 Organisationsfähige, darunter 901.373 Arbeiterinnen, beschäftigt. Von diesen waren 1902 zusammen 733.206 = 14,12 pCt. organisierte, und zwar 704.988 männliche = 17,29 pCt. und 28.218 weibliche = 3,13 pCt. Es verhältnismäßig ungünstige Gesamtergebnis wird dadurch hervorgerufen, daß für Verufe, welche die größte Zahl Beschäftigter aufweisen, die aber infolge ihrer kümmerlichen wirtschaftlichen Lage, oder auch aus in der Art der Beschäftigung liegenden Gründen, dem Organisationsgedanken schwer zugänglich sind, die Organisationen sehr schwach sind und nur einen äußerst geringfügigen Prozentsatz der Berufsangehörigen umfassen. Andererseits aber haben einzelne Verbände eine zu beträchtliche Zahl der Berufsangehörigen zu sich herangezogen, das ist namentlich die Vertretung der Arbeiterkraft ihres Berufes gelten können.

Es waren 1902 organisiert in Prozenten der Berufsangehörigen:

Ausbücker (in beiden Organisationen, die der Generalkommission angeschlossen sind) und Buchdrucker Hilfsarbeiter 79,8; Bühnenarbeiter 65,30; Kupfer Schmiede 51,10; Handbühnenmacher 48,8; Glaser 44,2; Steiniger 43,20; Anthracitgruben und Steindücker 42,20; Hafnarbeiter 39,11; Lapezierer 38,04; Schiffszimmerer und Wertarbeiter 36,91; Töpfer 36,46; Gemeindefabrikarbeiter 35,16; Maurer 31,65; Zinkfasser 31,58; Brauer 31,16; Formstichter, Gravure und Gießelei 26,84; Porzellanarbeiter 24,48; Wäcker 22,22; Bergarbeiter 21,11; Zimmerer 21,05; Maler 22,64; Holzarbeiter 22,46; Tischler 21,41; Rüstler 20,90; Schuhmacher 19,41; Tabakarbeiter und Gigarrenfortierer 18,11; Glasarbeiter 15,81; Maschinen- und Feiler 16,28; Sattler 14,72; Lederarbeiter 12,6; Zeckle 12,51; Bergarbeiter 11,9; Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 10,5; Schneider 10,19; Konditionen 9,81; Kabuffarbeiter 9,51; Steinarbeiter 8,23; Schmiede 7,95; Wäcker 6,11; Zerkleinerer 5,8; Bauarbeiter 4,91; Müller 4,33; Barbierer 3,18; Fleischer 2,80; Walzwerke 2,92; Bandbühnenmacher und Vagelhalter 0,91; Wäcker 0,55. Es sind somit in 27 Berufen mehr als 20 pCt. und bereits in 15 Berufen mehr als 30 pCt. der Berufsangehörigen vereinigt.

Am Jahre 1895 umfaßten die sämtlichen Organisationen 3,1, 1896 6,53, 1897 8,19, 1898 9,84, 1899 11,57, 1900 13,56, 1901 13,51 und 1902 14,42 pCt. der Berufsangehörigen.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich im Jahre 1902 um 1519 = 19 pCt. erhöht. Sie ist von 23.000 im Jahre 1901 auf 28.218 im Jahre 1902 gestiegen. Insgesamt sind leider erst 3,13 pCt. der in Frage kommenden industriellen Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert. Einzelne Organisationen haben zwar ganz beträchtliche Zahlen aufzuweisen. Die Schuhmacher zählen 29.291, die Ausbücker 20.26, die Buchdrucker Hilfsarbeiter 14.91, die Metallarbeiter 14.22 pCt. Die weiblichen Berufsangehörigen als Mitglieder. Es sind im Zentralverband, für den 311.222 weibliche und 280.783 männliche Berufsangehörige in Frage kommen, nur 2,11 pCt. weibliche Organisierte. Es ist also hier noch sehr viel Gelegenheit zur Agitation und Organisationsstätigkeit gegeben.

Insgesamt hatten die Gewerkschaften im Jahre 1902 eine Einnahme von 11.097.744 M. und eine Ausgabe von 10.005.528 M. An Bestand verlor die in den Monaten 10.263.559 M. Gegenüber dem Vorjahre erhöhte sich die Einnahme um 1.379.021 M., die Ausgabe um 1.038.360 M. und der Markenbestand um 1.155.227 M.

An diesen Zahlen sind nicht einbezogen die Einnahmen und Ausgaben der Zweigvereine, der Fonds, die nicht der Kontrolle der Zentralverbände unterliegen. Es sind dies aber noch ganz bedeutende Summen. Für 1902 sind von 10 Organisationen die Angaben gemacht und beträgt die Gesamtsumme aus diesen Lokalfonds 629.288 M. Neben die Ausgaben aus lokalen Fonds berichteten 13 Organisationen. Danach sind insgesamt verausgabt: an Arbeitslosen-Unterstützung 904 M., reine Unterstützungen 6681 M., Krankenunterstützung 40.28 M., Gemeinnützige Unterstützung 758 M., sonstige Unterstützung 27.998 M., Streit-Unterstützung 81.719 M., Arbeitsnachweis 728 M., Bibliotheken 62.77 M., Renteile und Sekretariate 29.281 M.

Es wäre wünschenswert, daß alle Zentralverbände ihre lokalen Verwaltungen anhalten würden, auch über die Finanzgebahrung ihrer Lokalfonds zu berichten, die Maßnahmen der Gewerkschaften würden dadurch eine ganz bedeutende Erhöhung erfahren.

Von den Zentralverbänden vorerwähnten pro Kopf der Mitglieder (ohne die Einnahmen der vorerwähnten Lokalfonds):

Notenmacher 74,40 M.; Buchdrucker 51,5 M.; Ausbücker (ohne Vorkasse) 14,70 M.; Bühnenarbeiter 2,9 M.; Kupfer Schmiede 1,99 M.; Anthracitgruben und Steindücker 22,68 M.; Handbühnenmacher 22,66 M.; Gigarrenfortierer 7,17 M.; Zinkfasser 1,80 M.; Formstichter 9,11 M.; Zimmerer 20, M.; Walzwerke

gehilfen 19,50 M.; Sutmacher 19,56 M.; Porzellanarbeiter 19,05 M.; Maurer 18,79 M.; Töpfer 18,01 M.; Zeckle 16,15 M.; Gravure und Gießelei 15,73 M.; Müller 15,37 M.; Maler 15,29 M.; Buchbinder 15,11 M.; Glasarbeiter 15,08 M.; Bauarbeiter 14,89 M.; Lederarbeiter 14,72 M.; Wäcker 14,63 M.; Holzarbeiter 13,88 M.; Gärtner 13,75 M.; Rüstler 13,38 M.; Konditionen 13,20 M.; Brauer 13,09 M.; Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 12,54 M.; Glaser 12,3 M.; Zivilbauarbeiter 12,21 M.; Metallarbeiter 12,17 M.; Bergarbeiter 12,12 M.; Schmiede 11,57 M.; Vagelhalter 11,27 M.; Steiniger 11,20 M.; Barbierer 11,07 M.; Steiniger 10,63 M.; Sattler 10,57 M.; Lapezierer 10,39 M.; Tabakarbeiter 10,27 M.; Zerkleinerer 9,94 M.; Schiffszimmerer 9,21 M.; Hafnarbeiter 9,1 M.; Wäcker 8,88 M.; Schuhmacher 8,23 M.; Bergarbeiter 7,93 M.; Gemeindefabrikarbeiter 7,86 M.; Maschinen 7,64 M.; Buchdrucker Hilfsarbeiter 7,58 M.; Fabrikarbeiter 7,32 M.; Bureauangestellte 6,65 M.; Maniere 6,63 M.; Fleischer 5,77 M.

In den Gesamteinnahmen der Zentralverbände sind ferner zu rechnen die Einnahmen, welche in besonderen Klassen vorhanden sind, die von den Zentralverbänden verwaltet, jedoch von der Masse des Verbandes getrennt gehalten sind. Sie dienen ebenfalls gewerkschaftlichen Zwecken und betragen im Jahre 1902 insgesamt in 11 Organisationen 308.114 M.

Wie sich die Gesamteinnahme der Verbände im Jahre 1902 auf 10.065.528 M. auf die einzelnen Unterstützungs- und Verwaltungszweige verteilt, zeigt die nachfolgende Aufstellung:

Verbandsorgan	in 60 Organ.	798.480 M.
Agitation	59	390.588
Streiks im Beruf	48	1.888.983
Streiks in anderen Berufen	40	41.346
Rechtsprechung	50	93.185
Gemeinnützige Unterstützung	98	250.661
Arbeitslosenunterstützung	47	769.778
Arbeitslosenunterstützung	21	1.033.022
Krankenunterstützung	18	793.878
Invalidenunterstützung	5	154.398
Soziale Unterstützung	50	250.129
Zielvermittlung	11	5.450
Bibliotheken	15	7.065
Soziale Zwecke	55	293.114
Konferenzen und Generalversammlungen	52	144.783
Beitrag an die Generalkommission	58	75.755
Prozesskosten	13	1.868
Gehälter	48	250.415
Verwaltungsmaterial	58	267.739

Die Ausgabe für Gemeinnützigkeit, Reise- und Arbeitslosenunterstützung ist im Jahre 1902 wiederum beträchtlich in die Höhe gegangen. Die erste liegt gegenüber 1901 von 198.173 M. auf 340.661 M., die Arbeitslosenunterstützung von 607.127 M. auf 769.778 M., die Arbeitslosenunterstützung von 1.238.197 M. auf 1.033.022 M. Für diese drei Unterstützungen, deren Steigerung ein Zeichen ungünstiger wirtschaftlicher Konjunktur ist, mußten die Gewerkschaften im Jahre 1902 309.961 M. mehr ausgeben als im Jahre 1901 und 1.879.968 M. mehr als im Jahre 1899.

Die Steigerung ist in den einzelnen Organisationen ganz enorm, wie sich aus der Berechnung der Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung pro Kopf der Mitglieder ergibt.

Seit dem Jahre 1897 sind diese Ausgaben gestiegen pro Kopf der Mitglieder bei den Ausbäckern von 10,01 auf 17,37; Buchdruckern von 5,81 auf 17,70; Glasarbeitern von 1,10 auf 5,63; Gläsern von 0,90 auf 2,76; Gravuren von 0,93 auf 2,49; Handbühnenmachern von 1,72 auf 6,18; Konditionen von 0,51 auf 1,23; Kupfer Schmieden von 1,81 auf 9,57; Gigarrenfortierern von 3,91 auf 10,15 M.

Jahr	Zu- und Abnahme der Unterstützungen	an	an
	aus	an	an
	1901	1902	1903
1897	388.224	1.087.789	
1898	1.019.014	41.943	
1899	1.238.197	65.326	
1900	1.509.927	188.980	
1901	1.236.782	273.789	
1902	1.033.022	911.372	
1903	1.033.022	881.358	
1904	1.033.022	1.033.022	
1905	1.033.022	1.033.022	
1906	1.033.022	1.033.022	
1907	1.033.022	1.033.022	
1908	1.033.022	1.033.022	
1909	1.033.022	1.033.022	
1910	1.033.022	1.033.022	
1911	1.033.022	1.033.022	
1912	1.033.022	1.033.022	

Die Ausgaben für Unterstützungs- und Verwaltungszwecke stellen von Jahr zu Jahr in ganz bedeutendem Maße. Im Jahre 1901 wurden von 10 Gewerkschaften insgesamt 388.224 M. verausgabt. Für das Jahr

1902 beträgt die dafür aufgewendete Summe 463.811 M. Im Ganzen sind seit 1891 von den Gewerkschaften 21.256.544 M. für Unterstützungs- und Verwaltungszwecke verausgabt worden. In demselben Zeitraum verausgabten die Gewerkschaften für Streiks 13.046.758 M. Es sind also für Streiks 11.209.786 M. weniger verausgabt worden als für Bildungs- und Verwaltungszwecke. Die Gewerkschaften sind also ebenmäßig nur Streikvereine wie sie nur Unterstützungsvereine sind.

Interessant ist ein Vergleich folgender Zahlen: Während 1891 die Ausgaben für Streiks diejenigen für sonstige Unterstützungs- und Verwaltungszwecke übersteigen, sind in allen späteren Jahren die Streitausgaben hinter denen für Bildungs- und Verwaltungszwecke wesentlich zurückgeblieben. Mit der höchsten Summe von Streitausgaben reichte das Jahr 1900 da mit 2.625.642 M. Im Jahre 1901 sind 1.578.792 M. und 1902 1.033.022 M. für Streiks ausgegeben.

An diesen Summen läßt sich deutlich erkennen, daß die deutschen Gewerkschaften trotz der bei allen vorhanden und bei einzelnen sehr ausgedehnten Unterstützungs- und Verwaltungszwecken im Jahre 1902, bedeutende Summen für den Kampf aufzubringen.

Trotz dieser ungeheuren Opfer, welche die Mitglieder ihren Organisationen und ihren arbeitslosen Genossen bringen mußten, war es möglich, auch den Vermögensstand der Organisationen zu erhöhen. In den meisten Gewerkschaften ist der Markenbestand, sowohl absolut als pro Kopf der Mitglieder berechnet, gestiegen.

Die Zahl der Organisationen, welche einen geringfügigen Beitrag erheben, hat sich im verflochtenen Jahre wiederum verringert.

Im Jahre 1901 hatten noch vier Organisationen = 7 pCt. einen Beitrag von weniger als 15 Pf. pro Woche und 11 Organisationen = 19 pCt. von weniger als 20 Pf. Im Jahre 1902 ist von den ersteren nur noch eine Organisation und von den letzteren nur noch 6 Organisationen = 10 pCt. vorhanden.

Erwägt man, daß es noch vor wenigen Jahren harte Kämpfe um den Generalversammlungen folgte, geringe Vertragsverhandlungen zu erreichen, so ist der Fortschritt, den die Organisationen nach dieser Richtung genommen haben, als ein äußerst erfreuliches zu bezeichnen. Die Meinung vertritt heute kein in der Gewerkschaftsbewegung tätiger Genosse mehr, daß mit niedrigen Beiträgen die Masse der Arbeiter leichter zur Organisation herangezogen sei. Und daß mit der Ausdehnung der Unterstützungsleistungen der Charakter der Gewerkschaften als Kampforganisationen sich vermindere oder gar verschwinde. Diese Ansicht ist auch noch vorzuziehen zu finden. Wer aufmerksam die Statistik der Gewerkschaften verfolgt, wird das Gegenteil bestätigt finden. Die Zahl der Organisationen, die Arbeitslosenunterstützung gewähren, ist von 14 im Jahre 1897 auf 21 im Jahre 1901 und auf 26 im Jahre 1902 gestiegen, hat sich also in fünf Jahren nahezu verdoppelt. Alle diese Organisationen aber haben an ihrem Charakter als Kampforganisationen kein Jota eingebüßt. Sie hatten in der Zeit teilweise schwere Kämpfe mit dem Unternehmer zu bestehen und mit Recht kann man behaupten, daß die Erfolge in Bezug auf wirtschaftliche Verbesserung sowohl wie in Bezug auf Abwehr von Verschlechterungen der der wirtschaftlichen Lage der Organisationen zum guten Teil nur dadurch zu erlangen möglich waren, daß die Schwankenden von den Organisationen gestützt wurden und die erforderlichen Aktionen mit machten.

Die Krankenunterstützung zahlenden Organisationen sind von 10 im Jahre 1901 auf 18 im Jahre 1902 gestiegen, unter diesen befinden sich auch die in der Statistik erstmalig geführten Organisationen der Buchdrucker (Vollz. Votr.) und der Notenschreiber. Diese beiden Verbände haben auch die Zahl der Invaliden-Unterstützung zahlenden Organisationen vermehrt und die Handbühnenmacher haben diesen Unterstützungsweig neu eingeführt. Die Zahl der Gewerkschaftenblätter hat sich um eines vermehrt (Der Organisations-Organ der Gigarrenfortierer) und die Gesamt-Anzahl der Blätter ist von 77.091 auf 81.420 gestiegen.

Die Fortschritte, die die Gewerkschaften im verflochtenen Jahre gemacht haben, sind gewiss ganz gewaltig. Sie dürfen aber keineswegs zu übermäßigem Optimismus hinführen. Uns stehen die kapitalistischen Unternehmerorganisationen kampfbereit und herausfordernd gegenüber, jede, auch die unbedeutendste Gelegenheit benutzend, einen Vernichtungskampf von neuem zu brechen. Wir haben alle Ursache, mit Anspannung aller Kräfte unsere Organisationen immer weiter auszubauen und ihren Einfluß zu sichern.

Berlin. L. Brunner.

Arbeiter-Ausschluß-Sitzungen.

Wenn man bedenkt, die die Interessen seiner Mitarbeiter als Mitglied eines Arbeiter-Ausschusses zu vertreten, so wird es dem Kenner der Verhältnisse ohne weiteres klar sein, daß man nicht zu demjenigen gehört, welche dem Herrn Wohlgefällt ist. Man ist im Gegenteil ein großer Feind vor dem Herrn und ein Feind des Anstößes und des Vergessens. Allerdings nur ein ganz gewöhnlicher Mensch auf welchen von jenem und diesem nach Belieben herumgetreten werden darf.

Ohne auf das Berliner Ausschuß-Reglement näher einzugehen, welches nach „höherer Ansicht“ derart ideal zu sein scheint, daß es als Ausstellungsobjekt zur Zeit auf der Städte-Ausstellung zu Dresden prangt, dürften dem organisierten Arbeiter die üblichen Formalitäten einer Ausschußwahl usw. bekannt sein. Zeit und Ort der von den Arbeitern zu beantragenden Ausschüßsitzungen werden von dem Betriebsleiter nach kürzerer oder längerer Zeitdauer bestimmt. Auch dem Letzteren steht das Recht zu, eine derartige Sitzung einuberufen, von welchem jedoch bisher wohl noch kein Gebrauch gemacht wurde; nach Ansicht dieser Herren ist „ja alles da“. In diesen Sitzungen nun ist dem Arbeiter Gelegenheit geboten, seinen Vorgesetzten, Betriebsleiter oder dergl. näher kennen zu lernen. Er hat Gelegenheit, die Sünde an dessen Wohlwollen und Arbeiterfreundlichkeit zu legen, während der Vorgesetzte imstande ist, die die seine Eigenschaften glänzen zu lassen. Der Arbeiter ist auch euentlich in die Lage versetzt, höhere geistige Fähigkeiten gegenüber seinem niedrigen Gehaltsniveau zu bewundern oder — auch nicht. Die sich entwickelnden Debatten geben dem Arbeiter ein Spiegelbild der Anschauungen seines „Herrn und Meisters“, nicht nur über berufliche Angelegenheiten, sondern auch über rein menschliche Dinge. Er begegnet da mitunter recht eigenartigen Ansichten, die einer gewissen Komik nicht entbehren. Verfügt das Ausschußmitglied über eine gewisse Ruhe bei diesen Verhandlungen, ist es kurz aber treffend mit Antworten bei der Hand und behält es vor allen Dingen sein Ziel klar im Auge, so wird es stets fähig sein, aus vielen schönen Redensarten sofort das Richtige herauszufühlen und seine Kritik demnach einrichten. Die Herren lieben es mitunter, mit viel Trommel und Pfeifenklang die fälschlichen Redeabsichtungen zu vollführen, um eine direkte Entgegnung zu umgehen. Gelinzt ihnen das nicht und sind sie schließlich gezwungen, einer Frage die Antwort zu geben, so ziehen sie es doch lieber vor, einen schlauartigen und geschäftigen Rückzug anzutreten, als Farbe zu bekennen. Weitenfalls erfolgt eine Neuerung **a la Kandidat Jobs** und:

Ueber diese Antwort des Kandidaten Jobs Gesicht allgemeines Schütteln des Kopfes. Es erfolgt wohl auch einmal ein Ausbruch schöner Worte, deren Vermittlung einer **Fata Morgana** gleich, am geistigen Horizonte erscheint und welche belagen, daß der Arbeiter viel, viel mehr verdienen könne, wenn es nach ihm, dem Redner, ginge, aber... erschütternde Mimik, ein wahrhaft rührendes Achselzucken! — Ein Protokoll wird aufgelegt, in welchem — man lese und staune — mitunter sogar mehr verlangt wird, als es in der Arbeit der Arbeitervertreter liegt; es geschieht dies, um desto sicherer eine Abrechnung hervorgerufen zu können. Man kann diesem Verfahren eine gewisse „Mauernschlaueit“ nicht abprechen und es gibt eine äußerst treffende Berliner Redensart für diesen Kniff, welche jedoch der Deutlichkeit halber verschwiegen bleiben mag. Das Protokoll gelangt zu Händen der Direktion, die nach persönlicher Rücksprache mit dem Betriebsleiter die Gegenäußerung abgibt. Der Betriebsleiter spielt in diesem Falle die Vermittlerrolle zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Diese Vermittlung einer kritischen Beurteilung auszuüben, mögen die folgenden Ausführungen dienen.

Jeder Vorgesetzte wird den Forderungen seiner Arbeiter mehr oder weniger verleidet feindsüch gegenüber stehen. Diese Antipathie entspringt schon dem Gedanken, daß der Arbeiter etwas fordert, das heißt, daß der Arbeiter den Wunsch äußert, mehr besitzen zu wollen, als ihm bisher zugestanden war. In dem Begriff „mehr“ liegt mancher Vorgesetzte schon eine persönliche Verleumdung. Es mag nach der heutigen Lage der Dinge auch diesem und jenem Vorgesetzten widerstreben, mit Arbeitern persönlich zu unterhandeln, d. h. mit Leuten, welche von der Höhe seiner Stellung aus gesehen, ihm tief unten so niedrig erscheinen. Auch das Gefühl der indirekten Zwangslage dieser Verhandlungen möge er wähnt sein in Rückblick auf die Entscheidung der Arbeiter-Ausschüsse. Dieselben, welche auch beauftragt sind, das frühere allzu willkürliche Handeln mancher Vorgesetzten zu dämpfen, sind bekanntlich nicht freiwillig ins Leben gerufen worden, sondern verbanden ihr Dasein dem Krängen der organisierten Arbeiterkraft und der tatkräftigen Hilfe ihrer Vertreter. Wie verhält die Organisation den Herren ist, geht ja aus dem Verbandsblatt zur Genüge hervor und bedarf keiner weiteren Erläuterung. Nun, daß man blind und der Blindheit soll man mit Mitleid begegnen.

Alle diese Dinge wirken derart auf den Vorgesetzten, daß seine Unparteilichkeit von vornherein einen Stoß erleidet; er betrachtet sich als verkannter, diskriminierter und leidender Teil. Dieses Gefühl blendet ihn, läßt ihn Berechtigtes nicht im rechten Lichte erscheinen, und die Folge davon ist, daß er sich gibt als „jener Geist, der stets verneint“. Diese Behauptung wird schon in den Ausführungen ihrer Schatten voraus, ebenso, wie sie in dem Ausschußprotokoll hervorstrahlt.

Zur glänzenden Entfaltung mag diese Behauptung jedoch dann erst gelangen, wenn die persönliche Meinung an maßgebender Stelle herangezogen wird. Der Arbeiter darf diesem Akte nicht beiwohnen, um die Protokollaufzeichnungen, die doch nur von Nachschreibern sind, durch mündliche Ausführungen zu beleben. Hier gilt allein das Wort des Herrn Betriebsleiters in seiner Eigenschaft als solcher und als Vermittler zwischen dem eigentlichen Arbeitgeber, der Direktion, und dem Arbeitnehmer. Wer kann behaupten, daß dieser Vermittler auf den hohen Zinnen einer unparteiischen Vertretung steht? Wer ist Zeuge hierfür?

Nun, das Resultat dieser Verhandlungen bleibt nicht aus. Man erhält als Bescheid ein Schriftstück, aus welchem es ist nicht schwierig das Herausgelien werden kann, was in anderer Vertiefung bereits in der Ausschüßsitzung zu hören bekommen hat.

Darum lasse man den Arbeiter seine Interessen bis zur letzten Instanz persönlich vertreten. Der Buchstabe töter, aber der Geist macht lebendig. Man stelle Vorgesetzten und Arbeiter an entwidener Stelle gegenüber und lasse jeden seine Sache führen nach bestem Wissen und Gewissen, aber: Vermittler verketen! —gl.

Aus unserer Bewegung.

Nürnberg. Freitag, den 4. September, fand im Saale der Kaiserkrone eine große öffentliche Protestversammlung sämtlicher städtischer Arbeiter statt. Die Tagesordnung lautete: „Der neue Stand im städtischen Gaswerke.“ Referent war Kollege Haffel, der in dreiviertelstündiger Rede das Verhalten der Betriebsleitung geißelte. Er führte aus: Seit dem Wechsel im Direktorium komme die Arbeiterschaft des Gaswerkes nicht mehr zur Ruhe. Verschiedene Male waren die Feuerhausarbeiter gezwungen, Angelegenheiten gegenüber der Stellung zu nehmen. Nach kürzeren oder längeren Verhandlungen mit der Direktion wurden die Differenzen wieder aus der Welt geschafft. War aber die eine Differenz beseitigt, so dauerte es nicht lange, und eine andere tauchte wieder auf. Wir wissen, daß man bisher alles versucht hat, die hierige Filiale unseres Verbandes zu unterdrücken. Sie ist nicht nur den maßgebenden Kreisen im Rathaus ein Dorn im Auge, sondern auch den Betriebsleitern, Ingenieuren und Arbeitern, die den alten Stand der Dinge so gerne wieder herstellen möchten. Es war ja damals so gemütlich. Man konnte dem Arbeiter das Fell über die Ohren ziehen, ihn prügeln usw., ohne daß derselbe sich aufregen durfte. Heute sind sich die Arbeiter ihrer Menschlichkeit bewußt, sie lesen ihre „Gewerkschaft“ und erfahren dadurch die Lohn- und Arbeitsbedingungen in anderen Städten, und verstehen nun auch ihrerseits, eine Verbesserung ihres Loses herbeizuführen. Das sind Dinge, die für die Rathhämmer und ihre Betriebsleiter äußerst unangenehm sind. Solche alten Gepflogenheiten geröhnt man sich nur schwer ab, besonders wenn man seit 25 Jahren die Zeit da führt. Dafür tituliert man beim geringsten Anlaß die Arbeiter als Rindvieh, Faulenzler, Saufpö, Quakertier und wie diese schönen Titel weiter heißen.

Die Gasarbeiter lassen sich nun diese Dinge nicht mehr gefallen, und so kam es am Samstag, den 2. August, abends gegen 5 Uhr, wieder einmal zu einem ganz gehörigen Krach. Wir wollen, wie wir zu diesem speziellen Fall übergehen, die Lage im hiesigen Gaswerk im allgemeinen schildern.

Die Leitung des Gaswerkes besteht aus einem Direktor und zwei Ingenieuren und auch — bitte um Verzeihung — einem Praktikanten. Der Direktor ist erst kurze Zeit angestellt, dagegen der eine Ingenieur — er nennt — seit 25 Jahren im Gaswerk beschäftigt. Seit Ernennung des neuen Direktors hat die Gerechtigkeit dieses Ingenieurs zugenommen. Psychologisch ist das leicht erklärlich. Denn jebermann verneint den Materialismus im Fortschritt zu tragen; wenn es einem dann aber so geht, wie dem seligen Neumann, dem immer das Ministerprotokolle vor der Nase herumbaumelt, ohne es zu erwischen, da wird man schließlich verärgert. Nun haben unter der Gerechtigkeit dieses Ingenieurs ganz besonders die Arbeiter zu leiden. Im Gegensatz hierzu wünscht der Direktor mit den Arbeitern in Frieden zu leben und hat zu diesem Zwecke einen Arbeiterausschuß bilden lassen, um über Wünsche und Beschwerden der Arbeiter stets unterrichtet zu sein und allenfällige Differenzen ausgleichen zu können. Dies sind nun zwei Strömungen, wie Krieg und Frieden. Der eine glaubt Vorteile aus allen Störungen im Gaswerke zu ziehen, während dem anderen daraus Nutzen nehmlichkeiten über Unannehmlichkeiten erwachsen. Zu all diesem gesellt sich nun ein Praktikant, namens Schleich. Er macht seinem Namen alle Ehre. Mittelt positive Arbeit zu leisten und zu lernen, macht er den Vorher und Angeber an allen Ecken und Enden des Gaswerkes und trägt mit dazu bei, daß ein geordnetes Arbeiten im Gaswerk unmöglich ist.

So ein Beispiel: Ein Zeiger, namens Münch, kam 5 Minuten zu spät; er sollte deshalb sich dem Direktor vorstellen. Münch setzte sich nun einen Augenblick im Zeigraum, um darüber nachzudenken, warum er wegen den paar Minuten dem Direktor gemeldet wurde. Da sah er, wie ein Schatten sich nach ihm bewegte, und im nächsten Augenblick beschuldigte ihn Praktikant Schleich nicht geschlafen haben kann und bemerkte dem Arbeiterausschuß, daß man es, wie es scheint, im Gaswerk nicht genau mit dem Ehrenwort nimmt.

Der letzte Skandal nun wurde verursacht durch den famosen Vorarbeiter Weimann. Dieser schickte einen Kollegen in unangenehmlicher Weise an, worauf letzterer erwiderte, man möge doch unabhängig mit ihm reden. Sofort ließ es, er habe Weimann das Maul geboten; auch der unermessliche Praktikant war schon wieder zur Stelle und befragte die Anschuldigung. Ummer, als zweithöchste Autorität, verhängte als Strafe die Entlassung. Der Arbeiter weigerte sich, nachdem das für die Pensionisten eingezahlte Geld nicht sofort herausbezahlt wurde, die Entlassung anzunehmen.

Mittlerweile hatten sich die Feuerhausarbeiter gefügt, erklärten das Vorgehen der Vorgesetzten als einen Gewaltakt und ließen sämtlich die Arbeit ruhen.

Nun war die Teroune eine allgemeine. Das Dreigestirn: Direktor, Ummer und Praktikant berathschlagten. Das Resultat war, es noch einmal mit energischer Sprache zu versuchen. Man rante also noch einmal an die Arbeiter heran, aber umsonst, und nun blieb nichts weiter übrig, als den Magistratsrat Ding, als

Pfleger des Gaswerkes, zum Beistand zu holen. In der Zwischenzeit hatte es Praktikant Schleich eilig. Er sprang zur Masse mit dem Rufe: „Das wird für dreißig Mann herrichten!“ Dann eilte er wieder nach einer anderen Richtung, und als „Hilpert Wichtigtig“ — ist ihm ein solcher Zustand der Dinge der liebste. Auch die Polizei nahm vor dem Gaswerk Posto. Die Postleute durften das Gaswerk nicht verlassen, denn auf die andere Partie der Feuerhausarbeiter, welche ablöste, war ericht recht kein Verlaß.

Herr Ding war schnell zur Stelle und brachte es fertig, daß sich die Arbeiter wieder beruhigten, und der entlassene Kollege durfte wieder weiter arbeiten.

Solch ein Skandal passierte wegen einem Vorarbeiter, der sich seinen Respekt vergeben hat. So schlug er den Arbeiter Kaid, den Arbeiter Segelhaß würgte er auf dem Kohlenhaufen, und wurde dieser Vorarbeiter nur mit Mühe des Arbeiter Haffel von seinem Esfer weggerissen. Dem Arbeiter Weimann ließ er ein Kissen, gefüllt mit Mehlentrost, neben sein Essen stellen, um ihm dasselbe zu verketen. Ferner tat er dem Arbeiter Haffel Schnaps in das Bier, um denselben betrunken zu machen und ihn dann wegen Trunkenheit in den Vorarbeiter zu können. Dieser Mensch spielt den Vorarbeiter. Alle Welt muß sich doch von einem solchen Recht mit Gel abwenden.

Unter großem Beifall apellierte zum Schluß Kollege Haffel an den Direktor, doch solch tiefertraurigen Zuständen ein Ende zu machen.

In der Diskussion meldeten sich zahlreiche Kollegen und klagten über viele Mißstände. Der überwachende Beamte hatte alle Hände voll zu tun, um diese beschämenden Dinge zu notieren.

Folgende Resolution wurde vom Referenten vorgeschlagen:

Die heute, den 4. September, im Gasthaus zur „Kaiserkrone“ tagende Protestversammlung städtischer Arbeiter nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der bisherigen Behandlung der Gasarbeiter durch ihre Vorgesetzten.

Die Versammlung bittet den hohen Stadtmagistrat, Remueur im Gaswerk in Bezug auf Verhandlung und Arbeitsverhältnisse im humaneren Sinne eintreten zu lassen. Insbesondere möge jungen Leuten wie Schleich, der sich seiner Verantwortung nicht bewußt zu sein scheint, seine ihm zugehörige Arbeit angetrieben werden, damit die Arbeiter in Zukunft von keinen Provokationen verschont bleiben.

Die Versammlung fordert sämtliche städtischen Arbeiter auf, sich der Organisation anzuschließen, um eine bessere Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den städtischen Betrieben herbeizuführen.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen, worauf der Vorsitzende, Kollege Kraft, mit einem Hoch auf dem Verband die importante Versammlung schloß.

Wilhelmsburg (Damburg.) Im Saale des Herrn Sonnemann, Niedergeräber, fand am 10. d. M. eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung der in Wilhelmsburg, Rehdel und Umgegend mohnenden Damburg Staatsarbeiter statt. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Wolfson, die Versammlung mit einigen einleitenden Worten eröffnet hatte, sprach der stellvertretende Schönborg über das Thema: „Was kann der Verband den Damburg Staatsarbeitern nützen?“ Redner ver breitete sich eingangs in knappen Jagen über die Entwicklung des gewerkschaftlichen Gedankens in Deutschland. Von einer nennenswerten modernen Gewerkschaftsbewegung könne man hier erst seit anfangs der neunziger Jahre sprechen. Neben allerlei wirtschaftspolitischen Ursachen hätte auch die scharfe Betonung der Staatshilfe (Gehelggebung) als ein alle Wunden des sozial ökonomischen Lebens heilendes Universalmittel nicht unwesentlich dazu beigetragen, den Arbeitern eine in mancher Hinsicht unzutreffende Vorstellung von den Ursachen und dem Zusammenhang der wirtschaftlichen Vorgänge zu suggerieren. Auch heute begegne man der Meinung: Wenn in einem Industriezweig die Herrschaft der Lohnarbeiter zu einem lebenden Automaten degradiert, oder: wo die Konzentration des Kapitals einen Grad erreicht habe, wie beispielweise in den Mannheimer Reindbetrieben, sei eine Gewerkschaft zur Unmöglichkeit verdammt. Diese Ansicht könne vor einer sachförmigen Kritik nicht Stand halten. Man müsse berücksichtigen, daß mit dem Eintritt neuer Kräfte in das Gebiet der Lohonomie (Produktion, Distribution und Konsumtion), infolge des sich hieraus ergebenden Einflusses auf die übrigen Phasen des gesellschaftlichen Lebens, neue öffentliche Machtfaktoren in Erscheinung treten, denen die Tendenz innewohnt, ausgleichend zum Vorteile der wirtschaftlich Schwachen in deren Kampf ums Dasein einzugreifen.

Die Öffentlichkeit bringe den, insbesondere die Arbeiter betreffenden Fragen, eine viel größere Aufmerksamkeit entgegen, wie in früheren Zeiten. Keine Lohnfrage, die von einer größeren Anzahl Arbeiter aufge worfen, könne mehr erledigt werden, ohne daß sich nicht die Öffentlichkeit genügend sehe, zu derselben Stellung zu nehmen. Dem Urteil der öffentlichen Meinung könne sich auf die Dauer kein Arbeitgeber erziehen. Der Referent wendete sich sehr eingehend den in dieser Hinsicht vorliegenden Damburg Verhältnissen zu und zeigte, daß auf Grund dieser die Organisation eine un erlässliche Notwendigkeit ist und sich deren Einfluß bald zeigen werde, vorausgesetzt, daß die Kollegen auch ferner hin das Banner derselben hochhalten und die jetzt noch Anzuehenden sich auch immer mehr um dasselbe (scharf) werden. (Lebhafter Beifall.)

Das Sitzungsfest für die Wilhelmsburger Kollegen findet am 27. Oktober bei Kaffmann statt.

Am Schluß legte Kollege Dahlig den Anwesenden ans Herz, aufmerksam die „Gewerkschaft“ und im übrigen die Arbeiterpresse zu lesen.